

"Parallelgesellschaften" von Zuwanderern in Deutschland?

Worbs, Susanne

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Worbs, S. (2007). "Parallelgesellschaften" von Zuwanderern in Deutschland? *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid*, Migration und ethnische Minderheiten 2007/1, 7-30. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-205912>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

„Parallelgesellschaften“ von Zuwanderern in Deutschland?

Susanne Worbs

Abstract

Der vorliegende Beitrag setzt sich mit der Diskussion über „Parallelgesellschaften“ von Zuwanderern in Deutschland auseinander. Ziel ist dabei, die oft undifferenzierte Verwendung dieses Begriffes zu hinterfragen und das verfügbare Wissen aus theoretischen Diskursen und empirischen Arbeiten für ausgewählte Bereiche zusammenzutragen. Dazu werden zunächst die vorliegenden Definitionsansätze für „Parallelgesellschaften“ vorgestellt und diskutiert, ebenso wie verwandte Begriffe und Konzepte. Nach einem Blick auf frühere Epochen und in andere Länder erfolgt die Darstellung des wissenschaftlichen Kenntnisstandes zu verschiedenen Aspekten von „Parallelgesellschaften“ (Rolle von ethnischen Kolonien im Integrationsprozess, Mediennutzung und räumliche Segregation von Zuwanderern, Mehrindikatorenstudien). Im Fazit erfolgt eine Einschätzung, wie real die Gefahr von „Parallelgesellschaften“ in Deutschland ist, und inwieweit das Konzept für weitere Analysen geeignet erscheint.

1 Einführung¹

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit einem Begriff, der seit einigen Jahren immer wieder auftaucht, wenn es um die Integration von Zuwanderern (nicht nur) in Deutschland geht. Fast könnte man sagen: Ein Gespenst geht um. Es ist das Gespenst der „Parallelgesellschaften“, deren Existenz von manchen vorausgesetzt, von anderen bestritten wird. Einige Beispiele aus aktuellen Medien- und Wissenschaftsbeiträgen:

Bei einem Kongress zur Zukunft der Städte im November 2006 fordert Bundeskanzlerin Angela Merkel von Zuwanderern, „die zum Teil quasi in Parallelgesellschaften versuchen, ihr Leben zu gestalten, und von vornherein nicht bereit sind, die deutsche Sprache zu lernen“, einen Mentalitätswandel. Alles andere führe zu einer „nicht akzeptablen Entwicklung“ (Merkel 2006).

In einem Artikel für „Spiegel Online“ begründet im gleichen Monat der türkischstämmige Grünen-Politiker Cem Özdemir seine Entscheidung für einen Umzug in den Berliner Bezirk Kreuzberg. Unter der Überschrift „Hinziehen statt Weggucken“ plädiert er dafür, „keine Parallelgesellschaft bzw. Parallelgerichtsbarkeit [zu] dulden, wo radikale Organisationen ‚Abtrünnige‘ bestrafen, Schutzgelder erpresst werden, Arbeitgeber ihre Angestellten verprügeln und Drogenhändler unbehelligt ihren Geschäften nachgehen können“ (Özdemir 2006).

Aus dem baden-württembergischen Rastatt wird im Januar 2007 bekannt, dass die Stadt beschlossen hat, den muttersprachlichen Unterricht an den Schulen abzuschaffen. Einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ zufolge begünstigt der Zusatzunterricht nach Ansicht des Oberbürgermeisters die Bil-

¹ Die Verfasserin dankt Peter Schimany, Axel Kreienbrink, Stefan Rühl und Harald W. Lederer für ihre Anmerkungen und Hinweise zu diesem Text.

dung von Parallelgesellschaften. Migrantenkinder vergeudeteten damit nur „wichtige Zeit, die sie sinnvollerweise mit der Konversation deutscher Sprache nutzen könnten“ (Irle 2007).

Andere Autoren sind dagegen der Meinung, die Bildung von Parallelgesellschaften durch Zuwanderer sei eine „Legende“ (Gaitanides 2001), ein „deutscher Mythos“ (Nowak 2006), der Terminus ein „verheerender Kampfbegriff“ (Öhler 2005). Auch renommierte Vertreter der Migrations- und Integrationsforschung gehen auf Distanz: Parallelgesellschaften im strengen Sinne gäbe es in Deutschland kaum (Bade 2006), das Problem würde schlimmer gemacht als es ist (Esser 2007).

Der vorliegende Beitrag versucht, diesen widersprüchlich anmutenden Sichtweisen und Entwicklungen auf den Grund zu gehen. Im Kern geht es bei der Debatte über Parallelgesellschaften um folgende Fragen:

1. Gibt es empirische Hinweise, dass sich Zuwanderer in Deutschland – beziehungsweise bestimmte Gruppen von Zuwanderern – von der Mehrheitsgesellschaft abschotten? Nehmen solche Abschottungstendenzen im Zeitverlauf zu, und welche Ursachen könnten sie haben? Erfolgt der Rückzug in die „Parallelgesellschaften“ freiwillig oder gezwungenermaßen?
2. Wie sind Abschottungstendenzen, wenn es sie denn gibt, im Hinblick auf den Integrationsprozess zu beurteilen?
3. Erweist sich im Endergebnis der Begriff „Parallelgesellschaften“ als ein Konzept, das der Realität in der Bundesrepublik angemessen ist und sich für sozialwissenschaftliche Analysen eignet?

Zur Beantwortung dieser Fragen wird in Kapitel 2 zunächst ein breiterer Rahmen gesteckt, indem die Herkunft des Begriffes „Parallelgesellschaften“ und seine Karriere im öffentlichen Sprachgebrauch rekonstruiert werden. Anschließend werden Definitionsansätze verschiedener Autoren sowie verwandte Begriffe vorgestellt. Ein Blick in die Geschichte und über die Landesgrenzen hinweg soll es dem Leser ermöglichen, das Phänomen „Parallelgesellschaften“ nicht nur im Kontext der gegenwärtigen deutschen Migrationsdebatte zu sehen.

Kapitel 3 gibt einen Überblick über den einschlägigen wissenschaftlichen Diskurs. Dieser besteht einerseits aus einem theorieorientierten Strang, der sich bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen lässt und um den Begriff der „ethnischen Kolonie“ kreist. Andererseits gibt es empirische Arbeiten, aus denen sich konkrete Hinweise auf die Existenz oder Nicht-Existenz von „Parallelgesellschaften“ ableiten lassen. Beispielhaft werden hierbei für die aktuelle Zuwanderungssituation in Deutschland die Bereiche Mediennutzung und räumliche Segregation betrachtet. Zudem wird auf Studien eingegangen, die die Fragestellung nach den „Parallelgesellschaften“ und deren Wirkungen auf die Integration von Zuwanderern anhand mehrerer Indikatoren zu beantworten suchen. Diese Studien greifen zum Teil das Konzept der ethnischen Kolonie aus dem theoretischen Diskurs auf und wenden es auf konkrete Zuwandererviertel in deutschen Städten an.

Im Kapitel 4 erfolgt eine Zusammenfassung sowie eine Einschätzung des Phänomens „Parallelgesellschaften“ in Deutschland anhand der vorliegenden Erkenntnisse. Damit sollen auch die oben gestellten Fragen vorläufig beantwortet werden. Abschließend werden Empfehlungen für künftige Forschungsaktivitäten gegeben.

2 Zum Begriff „Parallelgesellschaften“

2.1 Herkunft und Verwendung des Begriffes

Der Terminus „Parallelgesellschaften“ bezog sich zunächst auf die Länder des früheren Ostblocks und die dortigen Versuche von oppositionellen Gruppen, eigene und unabhängige gesellschaftliche Institutionen aufzubauen, z.B. Gewerkschaften und Verlage (Meyer 2002: 193f). Damit hatte der Begriff im Westen auch zuerst eine positive Bedeutung, weil er mit Widerstand gegen die kommunistischen Regimes assoziiert wurde. Dies änderte sich, als der Terminus in den 1990er Jahren Eingang in die Migrationsdebatte fand. Als einer der ersten Verwender des Begriffes in diesem Kontext gilt der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer. Er äußerte in einem Interview mit der „ZEIT“ im Jahr 1996, es bestehe die Gefahr, „dass religiös-politische Gruppen eine schwer durchschaubare ‚Parallelgesellschaft‘ am Rande der Mehrheitsgesellschaft aufbauen könnten“ (Heitmeyer 1996). Hintergrund war eine Untersuchung der Forschungsgruppe um Heitmeyer zu islamischem Fundamentalismus unter türkischen Jugendlichen.

Verstärkten Auftrieb erhielt die Debatte durch die Terroranschläge vom 11. September 2001, und besonders ab dem Jahr 2004, ausgelöst durch die Ermordung des Filmemachers Theo van Gogh in den Niederlanden. Im gleichen Jahr belegten die „Parallelgesellschaften“ im Wettbewerb zum „Wort des Jahres“ der Gesellschaft für deutsche Sprache den zweiten Platz, geschlagen nur von „Hartz IV“. Der Begriff wird inzwischen kontinuierlich sowohl in wissenschaftlichen Beiträgen, als auch in politischen Statements verwendet. Er ist jedoch „in der Sache schillernd und weitgehend unbestimmt geblieben“ (Meyer 2002: 195).

Weniger unbestimmt sind hingegen die Zuwanderergruppen, auf die der Begriff in Deutschland angewandt wird. Der Schwerpunkt liegt eindeutig auf türkischen Migranten, wofür es mehrere naheliegende Gründe gibt. Es handelt sich erstens um die mit Abstand größte und damit sichtbarste Gruppe von ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland (ca. 1,7 Millionen Menschen), die noch ergänzt wird durch schätzungsweise 700.000 eingebürgerte Personen türkischer Herkunft. Zweitens wird die Integration der türkischstämmigen Migranten allgemein als unzureichend eingeschätzt, und die Diskussion um „Parallelgesellschaften“ greift vielfach auf Zahlen und Fakten aus dem allgemeinen Integrationsdiskurs zurück. Drittens handelt es sich um eine überwiegend muslimische Zuwanderergruppe. Wie die obige Darstellung der „Karriere“ des Begriffes Parallelgesellschaften gezeigt hat, ist er eng mit einer möglichen fundamentalistischen oder terroristischen Bedrohung durch den Islam verbunden. Migranten aus muslimisch geprägten Ländern stehen damit weitaus stärker im Verdacht, gefährliche „Parallelgesellschaften“ zu bilden, als Angehörige anderer Religionsgemeinschaften (Luft 2002, Pfahl-Traughber 2005).

Neben den türkischstämmigen Migranten tauchen im Diskurs um „Parallelgesellschaften“ gelegentlich noch die (Spät-)Aussiedler auf, die ebenfalls eine große Zuwanderergruppe in Deutschland darstellen. Andere Nationalitäten spielen nur unter Sammelbegriffen wie „arabisch“ eine Rolle. Nicht verwendet wird der Begriff im Hinblick auf illegale Migranten, was im ersten Moment erstaunlich scheint. Diese nach Herkunftsländern heterogen zusammengesetzte Gruppe könnte man durch den fehlenden Aufenthaltsstatus und die daraus resultierende Lebensweise in der Anonymität durchaus als „Parallelgesellschaft“ ansehen. Zugleich handelt es sich hierbei aber um Zuwanderer, die im All-

tag weitgehend unsichtbar sind und somit vielleicht eher in einer „Schattengesellschaft“ leben.² Die Debatte um „Parallelgesellschaften“ konzentriert sich hingegen ganz offensichtlich auf große und sichtbare Gruppen, deren Aufenthalt an sich nicht in Frage gestellt wird, wohl aber ihre Lebensweise. Dabei wird ein hoher Grad an interner Homogenität der Gruppe unterstellt (siehe dazu auch Kapitel 4).

2.2 Definitionen und verwandte Begriffe

Es wurde bereits erwähnt, dass der Begriff „Parallelgesellschaften“ trotz seiner häufigen Anwendung inhaltlich unbestimmt geblieben ist. Den wohl bekanntesten Versuch, konkrete Kriterien für eine Definition vorzulegen, hat der Politikwissenschaftler Thomas Meyer unternommen. Er bezeichnet als Parallelgesellschaften soziale Kollektive, „auf die in ausschlaggebendem Maße die folgenden Merkmale zutreffen:

- sozial homogen *oder* heterogen;
- ethno-kulturell bzw. kulturell-religiös *homogen*;
- nahezu vollständige *lebensweltliche* und *zivilgesellschaftliche* sowie weitgehende Möglichkeiten der *ökonomischen* Segregation;
- nahezu *komplette* Verdoppelung der mehrheitsgesellschaftlichen Institutionen;
- formal *freiwillige* Form der Segregation;
- siedlungsräumliche *oder* nur sozial-interaktive Segregation, sofern die anderen Merkmale alle erfüllt sind“ (Meyer 2002: 196; Hervorhebung im Original).

In ähnlicher Weise hat der Historiker Klaus J. Bade (2004) folgende vier Merkmale einer Parallelgesellschaft genannt:

- eine monokulturelle Identität,
- ein freiwilliger und bewusster sozialer Rückzug auch in Siedlung und Lebensalltag,
- eine weitgehende wirtschaftliche Abgrenzung,
- eine Doppelung der Institutionen des Staates.

Insbesondere gegen den differenzierten Kriterienkatalog von Meyer kann man einwenden, dass er die Latte für die Existenz von Parallelgesellschaften relativ hoch legt (Halm/Sauer 2006b). Dies betrifft vor allem die Doppelung von Institutionen des Staates bzw. der Mehrheitsgesellschaft, die in kompletter Form wohl kaum je gegeben sein wird. Meyer hat diesen Punkt selbst im Hinblick auf das Rechtssystem aufgegriffen. Von einem eigenständigen Rechtskreis kann seiner Meinung nach „faktisch [...] auch dann gesprochen werden, wenn ein erheblicher sozialer oder sozio-kultureller Druck innerhalb der betreffenden Gemeinschaft besteht, wesentliche staatlich garantierte Grundrechte nicht zu nutzen oder im Streitfall nicht die staatlichen Gerichte, sondern ‚eigen-ethnische‘ bzw. ‚kulturell-religiöse‘ Schiedsstellen anzurufen und sich deren Urteil zu unterwerfen“ (Meyer 2002: 196). Es gibt Hinweise, dass solche Phänomene in bestimmten Zuwanderermilieus in Deutschland tatsächlich existieren; sie werden beispielsweise von Özdemir (2006) in seinem eingangs zitierten Artikel unter dem Stichwort „Parallelgerichtsbarkeit“ beschrieben. Meyer schlägt vor, in Fällen, wo nur dieses eine Kriterium einer Verdoppelung des Rechtssystems formal nicht erfüllt ist, von „unvollständigen Parallelgesellschaften“ zu sprechen.

² Vgl. den Titel eines von 1993-1998 in den Niederlanden durchgeführten Projektes zu illegaler Migration: „Die unbekannte Stadt“ (Burgers/Engbersen 1999).

Trotz dieser Relativierungen – man beachte auch die Worte „in ausschlaggebendem Maße“ in der Einleitung zu Meyers Definition – bleibt der Eindruck bestehen, dass die beiden genannten Kriterienkataloge bei einer statischen Betrachtungsweise wahrscheinlich nie als erfüllt gelten können. Sie beschreiben quasi den imaginären Endpunkt einer parallelgesellschaftlichen Entwicklung. Halm und Sauer (2006b: 19) plädieren deshalb für eine dynamische Sicht der entsprechenden Indikatoren unter der Fragestellung, ob es eine Entwicklung hin zur oder weg von einer Parallelgesellschaft gibt. Sie haben diesen Anspruch auch mit eigenen empirischen Daten umgesetzt (siehe Kapitel 3.2.3). Auf der Ebene der Definitionen hat Kandel (2004) dementsprechend eine „Minimaldefinition“ von Parallelgesellschaften vorgeschlagen, die bereits dann greift, wenn „sechs Grundelemente im Entstehen begriffen sind und dieser Entstehungsprozess empirisch einigermaßen präzise beobachtet werden kann:

1. Kommunikationsabbruch zur Mehrheitsgesellschaft durch nachhaltige sprachliche, religiös-kulturelle und alltagsweltliche Segregation,
2. sozial-ökonomische Segregation (Aufbau alternativer Ökonomien und Arbeitsmärkte),
3. Abgrenzung durch Aufbau von Parallelinstitutionen (z.B. im Bereich Bildung und Freizeit),
4. Verdichtung sozialer Kontrolle gegenüber den Mitgliedern des sozialen Kollektivs bis zu psychischem und physischem Zwang (das Kollektiv wird zum Gefängnis),
5. faktische Verhinderung der Inanspruchnahme der von der demokratischen Rechtsordnung gewährten individuellen Menschen- und Grundrechte,
6. Forderungen nach Ausbildung eines selbstverwalteten Rechtsbezirkes, in dem islamisches Recht [...] neben der für alle geltenden Rechtsordnung Anwendung finden soll“ (Kandel 2004: 10).

Abgesehen von dem bereits erwähnten Zeitaspekt unterscheidet sich diese Definition inhaltlich von denen Meyers und Bades vor allem in zwei Punkten: Eigens hervorgehoben werden die sprachliche Segregation und der Kommunikationsabbruch, und die Frage der sozialen Kontrolle und eines eigenen Rechtssystems wird in drei eigene Punkte 4) bis 6) aufgefächert. Dies ist vor dem Hintergrund der eigentlichen Thematik von Kandels Beitrag zu sehen, nämlich des organisierten Islams in Deutschland. Auffallend ist zudem, dass der Autor die siedlungsräumliche Segregation nicht eigens erwähnt, die in der Alltagswahrnehmung häufig den Kern von „Parallelgesellschaften“ bildet. Ähnlich zu den bereits vorgestellten Definitionen sind hingegen die Punkte einer religiös-kulturellen und sozialen (lebensweltlichen) Segregation, der ökonomischen Segregation und der Ausbildung paralleler Institutionen. Diese Kriterien können damit als Kernbestand der bisherigen Definitionsversuche von „Parallelgesellschaften“ gelten.

Abschließend zu diesem Kapitel soll noch auf einige Begriffe eingegangen werden, die gelegentlich synonym zu „Parallelgesellschaften“ verwendet werden.³ An erster Stelle ist das „Ghetto“ zu nennen. Der wesentliche Unterschied zu „Parallelgesellschaften“ ist darin zu sehen, dass Ghettos durch äußeren Zwang entstehen, also nicht durch freiwillige Segregation. Zudem bezieht sich dieser Begriff typischerweise auf Wohngebiete, die fast ausschließlich Angehörige einer (ethnischen oder religiösen) Gruppe beherbergen, beispielsweise die von Schwarzen bewohnten Teile amerikanischer

3 Es gibt einen weiteren Begriff, der zwar nicht synonym, aber relativ häufig komplementär zu den „Parallelgesellschaften“ verwendet wird, nämlich die „Leitkultur“. Dieser Terminus wurde – allerdings mit dem Zusatz „europäisch“ – von Bassam Tibi geprägt (Tibi 1998). In seinen Schriften findet sich auch die damit verbundene Warnung vor der fortschreitenden Ausbreitung von Parallelgesellschaften. Im Zusammenhang diskutiert werden beide Konzepte auch von Oberndörfer (2001), Meyer (2002) und Nowak (2006).

Städte (Häußermann/Siebel 2001: 41). Solche Konzentrationen sind in deutschen Städten vereinzelt in bestimmten Wohnblöcken und Straßenzügen gegeben, nicht jedoch auf der Ebene ganzer Stadtteile (vgl. Kapitel 3.2.2).

Schwieriger ist die Grenzziehung zu den Begriffen „ethnische Enklaven“ oder „ethnische Kolonien“, die sich als „Formen sozialer, kultureller, religiöser und politischer Selbstorganisation ethnischer Minderheiten“ (Heckmann 1992: 96) definieren lassen. Hier geht es um freiwillige Organisationsformen, die auch nicht zwingend mit segregierten Wohnbezirken verbunden sein müssen. Im Unterschied zu den „Parallelgesellschaften“ steht bei diesen Begriffen nicht die Abschottung zur Mehrheitsgesellschaft im Vordergrund. Statt dessen werden die positiven Potenziale der Koloniebildung für die Integration der Zuwandernden betont. Die zugrunde liegenden empirischen Phänomene sind jedoch sehr ähnlich zu denen des „Parallelgesellschaften“-Diskurses. Wie im Kapitel 3.1 gezeigt wird, stammen deshalb auch wesentliche Elemente dieses Diskurses ursprünglich aus theoretischen Debatten der Migrationsforschung über ethnische Kolonien.

Nicht vorrangig auf Zuwanderer und ethnische Minderheiten angewandt werden schließlich die Begriffe „Subkultur“ und „Milieu“. Sie zielen auf die soziokulturelle Pluralisierung moderner Gesellschaften im Allgemeinen, auf die Ausdifferenzierung von Lebenslagen und Lebensstilen, die im Prinzip auch ohne Zuwanderung stattgefunden hätte (aber von ihr verstärkt wird). Gegner der Rede von den (gefährlichen) „Parallelgesellschaften“ von Zuwanderern argumentieren in diesem Sinne, dass es keine homogene Mehrheitsgesellschaft gibt, sondern dass auch diese in zahlreiche kleine und große „Parallelgesellschaften“ zerfällt. Diese Argumentationsfigur wird im Kapitel 2.3 noch einmal aufgegriffen.

Am Ende der definitorischen Betrachtungen bleibt festzuhalten, dass der Begriff „Parallelgesellschaften“ eine spezifische Konnotation hat, die keinem der anderen genannten Begriffe innewohnt. Prägend ist die Vorstellung einer freiwilligen, sich auf alle Lebensbereiche erstreckenden Segregation einer als homogen wahrgenommenen ethno-kulturellen bzw. ethno-religiösen Minderheit. Damit verbunden ist die Befürchtung, innerhalb der „Parallelgesellschaften“ liefen undurchsichtige, kriminelle und/oder gegen die Werteordnung der Mehrheitsgesellschaft gerichtete Vorgänge ab, welche die staatliche Sicherheit gefährden.

Im folgenden Kapitel soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich dieser Vorstellung entsprechende Erscheinungen auch schon in früheren Epochen und in anderen Ländern gezeigt haben, und ob es auch noch andere „Parallelgesellschaften“ außer denen von Zuwanderern gibt. Der in der Überschrift angesprochene „Tellerrand“ ist insofern der der gegenwärtigen deutschen Migrationsdebatte.

2.3 Ein Blick über den Tellerrand

Historisch betrachtet ist es keineswegs neu, dass Immigranten im Aufnahmeland die räumliche und soziale Nähe von Menschen gleicher Herkunft suchen. So wurden im Zuge der deutschen Amerikauswanderung des 19. Jahrhunderts ganze Dörfer durch Kettenwanderungen sukzessive in die neue Heimat „verpflanzt“ (vgl. Kamphoefner 2006 für die westfälische Region). Auch in Großstädten wie Chicago bildeten sich deutsche Kolonien, innerhalb derer praktisch alle Bedürfnisse befriedigt werden konnten, „von lokalen Versicherungsgesellschaften bis zu Banken, von auf ethnische Produkte spezialisierten Lebensmittelläden bis zu Kneipen, von Kirchen bis zu Konfessionsschulen, von

Turnvereinen bis zu Karnevalsvereinigungen, von Geheimlogen bis zu sozialistischen Klubs“ (Keil 1984: 404).

Ein ähnliches Beispiel bildeten die Ruhrpolen in Deutschland, die sich bis Anfang des 20. Jahrhunderts – circa dreißig Jahre nach Beginn ihrer Einwanderung – bereits ein umfangreiches Vereinsnetz und eine eigene Gewerkschaft der Bergleute und Hüttenarbeiter geschaffen hatten. Lucassen (2005) schildert für diese Migrantengruppe, wie die entsprechende Infrastruktur auch in Reaktion auf den Assimilationsdruck des preußischen Staates entstand. Dieser versuchte beispielsweise nicht nur, die alleinige Verwendung der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit durchzusetzen, sondern richtete im Jahr 1909 sogar eine polizeiliche „Polenbeobachtungsstelle“ in Bochum ein. Auch wenn dieses historische Beispiel im Vergleich zu den heutigen Zuwanderergruppen in Deutschland einige Besonderheiten aufweist⁴, so zeigen sich doch auch verblüffende Parallelen insbesondere zu türkischen Migranten: „Perceived as alien group in the localities where they settled, coming from a lower-class background, and being allocated to inferior positions on the labour market, [...] the Poles [...] developed a separate ethnic subculture, stimulated by residential concentrations, church affiliations, and a rich associational life“ (Lucassen 2005: 73). Noch interessanter ist allerdings die längerfristige Entwicklung: Durch externe und interne Prozesse (unter anderem interethnische Heiraten und Namensänderungen) gingen die einst als „Gefahr für die Nation“ angesehenen polnischen Einwandererkolonien schließlich weitgehend in der deutschen Gesellschaft auf. Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch für die eingangs erwähnten deutschen Einwanderer in Amerika zeigen (Blaschke 1992). Insofern ist für diese beiden Beispiele der Einschätzung von Walter (2006) zuzustimmen, dass anfängliche Segregation zur anschließenden Integration geführt habe.

Im Hinblick auf aktuellere Erfahrungen anderer Länder mit „Parallelgesellschaften“ drängt sich das Beispiel der Niederlande auf. Dort lässt sich eine spezifische Kombination aus allgemeiner gesellschaftlicher Entwicklung und der Integrationspolitik gegenüber Zuwanderern nachvollziehen, die mit dem Begriff der „Versäulung“ umschrieben ist. Die niederländische Gesellschaft war seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mehr oder weniger komplett in vier „Säulen“ segmentiert (Protestanten, Katholiken, Sozialisten, Liberale), zwischen denen ein Austausch praktisch nur auf der politischen Ebene und über Eliten stattfand. Die lebensweltliche Segregation der genannten Bevölkerungsgruppen wurde fundiert durch das Recht, jeweils eigene, staatlich geförderte Institutionen zu begründen, z.B. Schulen, Krankenhäuser, Rundfunkanstalten, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen (Doomernik 2003: 170f.). Obwohl dieses Gesellschaftsmodell in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an Bedeutung verlor, prägte es die staatliche Politik gegenüber Zuwanderern in den 1970er und 1980er Jahren in hohem Maße. Dies geschah auf mehrere Arten: erstens durch die Definition der Immigranten als ethno-kulturelle Gruppen bzw. Minoritäten, zweitens durch die Möglichkeit, ebenfalls eigene Institutionen auszubilden (z.B. islamische Grundschulen), drittens durch die Übertragung des „konsensualen“ Politikstils, wie er für die versäulte Gesellschaft typisch war (Bruquetas-Callejo et al. 2006: 23).

4 Insbesondere ist damit die Tatsache angesprochen, dass bis 1919 kein eigener polnischer Staat existierte und man dementsprechend nationalistische Umtriebe der Polen in Deutschland fürchtete. Dies verlieh dem Argwohn gegen die polnischen „Parallelgesellschaften“ einen besonderen Auftrieb. Andere Umstände der damaligen Zeit können dagegen als integrationsfördernd angesehen werden, z.B. dass die Ruhrpolen – anders als die heutigen Zuwanderergruppen in Deutschland – in eine dünn besiedelte Region ohne etablierte Mehrheitsgesellschaft kamen. Ein größerer Teil von ihnen ist zudem nach dem 1. Weltkrieg nach Belgien und Frankreich weitergewandert (Häußermann/Siebel 2001: 67ff.).

Die niederländische Integrationspolitik war damit, pointiert ausgedrückt, zunächst sogar eine ausdrückliche Einladung an Migranten zur Bildung von „Parallelgesellschaften“. Eigenethnische Organisationen wurden großzügig gefördert, die Einbindung ins politische Geschehen erfolgte gemäß der Landestradiation über die Eliten an der Spitze der jeweiligen „Säulen“. Allerdings ist inzwischen eine deutlich erkennbare Abkehr von dieser Politik erfolgt. Meyer (2002: 219) verweist in diesem Zusammenhang auf die Ergebnisse einer Vergleichsstudie über die Niederlande und Deutschland, die feststellt, dass das niederländische Modell einer „Versäulungs-Integration“ zwar auf der sozio-kulturellen Ebene der Anerkennung unterschiedlicher Identitäten zum Erfolg geführt habe. Die sozio-ökonomische Integration sei auf diesem Weg jedoch nicht gelungen (Duyvene de Wit/Koopmans 2001).

Kehrt man an dieser Stelle in den deutschen Diskurs zurück, so finden sich auch hier Argumente, die auf allgemeine gesellschaftliche Differenzierungsprozesse rekurrieren und die „Normalität“ von Parallelgesellschaften nicht nur unter Zuwanderern hervorheben. Auch ohne eine ausgeprägte Versäulungstradition wie in den Niederlanden ist die Gesellschaft in Deutschland seit den 1970er Jahren durch eine immer stärkere soziokulturelle Pluralisierung gekennzeichnet, mithin durch eine Vielzahl von Milieus, Lebenswelten, Subkulturen oder eben „Parallelgesellschaften“ (vgl. die Begriffsdiskussion unter 2.2). Gern genannte Beispiele sind hierbei Yuppies, Punks, Lesben und Schwule sowie „Aussteiger“ aller Art. Autoren wie Oberndörfer (2001) und Gestring (2005) halten deshalb vor den „Parallelgesellschaften“ von Zuwanderern entgegen, sie sei antimodern, antiurban und blind für die Wirklichkeit. Freie Gesellschaften erlaubten es eben gerade ihren Bürgern, „sich zu Gruppen und Lebenswelten eigener Wahl zusammenzuschließen, sich dabei von anderen abzusondern und nicht in einer homogenen Mischmasch-Gesellschaft mit jedermann Händchen halten zu müssen“ (Oberndörfer 2001). Noch weiter geht die Kritik von Kaloianov (2006), der argumentiert, es gäbe akzeptierte „Mainstream-Parallelgesellschaften“ und nicht akzeptierte „parallelgesellschaftliche Parallelgesellschaften“. Den Mitgliedern der letzteren bliebe das Privileg versagt, ihrer „Parallelgesellschaft“ problemlos angehören zu dürfen – ja, sie sollten durch den politischen und medialen Aufschrei noch von ihrem letzten Zufluchtsort vor Diskriminierung seitens der Mehrheit vertrieben werden (Kaloianov 2006: 9).

Wie lässt sich der „Blick über den Tellerrand“ damit bilanzieren? Geschichtliche Erfahrungen legen zunächst einmal nahe, die räumliche und soziale Segregation von Zuwanderern mit einer gewissen Gelassenheit zu sehen. Dergleichen hat es in Einwanderungsländern immer gegeben, mit guten Gründen (siehe Kapitel 3.1) und zumeist ohne langfristig negative Folgen. Dabei sollte jedoch im Hinblick auf die Zuwanderergruppen im gegenwärtigen Deutschland nicht vergessen werden, dass die angeführten „historischen“ Integrationsprozesse – beispielsweise die der Ruhrpolen – sich über mehrere Generationen hinweg und teilweise unter anderen Voraussetzungen als heute vollzogen.

Auch die Argumente hinsichtlich der „Normalität“ von parallelgesellschaftlichen Strukturen aller Art in modernen Gesellschaften haben ihre Plausibilität. Sie beziehen sich aber bei genauerem Hinsehen oft nur auf Subkulturen und Milieus, also nicht auf „komplette“ Parallelgesellschaften. Zudem laufen sie Gefahr zu übersehen, dass ein Rückzug in die eigene Gruppe durchaus problematische Wirkungen für die Betroffenen haben kann, gerade im Fall von Zuwanderern. Die Diskussion des niederländischen Versäulungsmodells hat mit der nicht gelungenen sozio-ökonomischen Integration hierzu ein wichtiges Stichwort geliefert. Im Folgenden soll daran anknüpfend der im strengeren Sinne wissenschaftliche Diskurs über die Erscheinungsformen und Wirkungen von „Parallelgesellschaften“ dargestellt werden, beginnend mit dem Begriff der ethnischen Kolonie.

3 Der wissenschaftliche Diskurs

3.1 Beiträge zur Rolle von ethnischen Kolonien im Integrationsprozess

Es wurde bereits dargestellt, dass sich schon im 19. Jahrhundert „parallelgesellschaftliche“ Strukturen bei Immigrantengruppen in Amerika und Europa herausbildeten. Sie entstanden – und entstehen bis heute – vor allem durch Kettenmigrationsprozesse. Ebenfalls bis ins 19. Jahrhundert zurück reichen Schriften der Migrationssoziologie, die sich mit der Frage befassen, welche Auswirkungen diese „ethnischen Kolonien“⁵ auf den Integrationsprozess der Zuwanderer im Aufnahmeland haben. Für die deutsche Debatte war der Beitrag von Georg Elwert aus dem Jahr 1982 wesentlich. Er (re-)formulierte die sogenannte Binnenintegrationsthese: „Eine stärkere Integration der fremdkulturellen Einwanderer in ihre eigenen sozialen Zusammenhänge innerhalb der aufnehmenden Gesellschaft – eine Binnenintegration also – ist unter bestimmten Bedingungen ein *positiver* Faktor für ihre Integration in eine aufnehmende Gesellschaft“ (Elwert 1982: 718; Hervorhebung durch die Verfasserin).

Elwert nennt drei positive Wirkungen der Binnenintegration: die Vermittlung von Selbstbewusstsein, kultureller Identität und Handlungsfähigkeit, die Vermittlung von Alltagswissen, und die Konstitution der Einwanderer als *pressure group* im öffentlichen Diskurs. Ethnische Kolonien, so könnte man allgemeiner formulieren, sind ein Schutz- und Orientierungsraum für ihre Mitglieder in einer zunächst fremden Umgebung. Heckmann (1992: 111) führt dementsprechend folgende Funktionen der Kolonie an:

- Neueinwandererhilfe;
- Stabilisierung der Persönlichkeit/Entlastungsfunktion;
- Selbsthilfe;
- kulturspezifische Sozialisation der Nachfahren;
- soziale Kontrolle und
- Interessenartikulation und –vertretung nach außen.

Diese positiven Wirkungen werden in der wissenschaftlichen Debatte bislang nicht ernsthaft bestritten. Sie sind auch unmittelbar eingängig, wenn man sich die Situation eines Neuzuwanderers vor Augen hält: Der enge räumliche und soziale Kontakt zu Landsleuten unterstützt ihn oder sie bei den ersten Schritten in der Aufnahmegesellschaft, z.B. bei der Wohnungs- und Arbeitssuche. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob die ethnische Kolonie im Zeitverlauf eine Durchgangsstation, eine Schleuse ist – oder ob sie sich zu einer Falle wandelt, die Migranten längerfristig vom Zugang zur und vom Aufstieg in der Mehrheitsgesellschaft fern hält. An diesem Punkt setzt die Kritik an der „Binnenintegrationsthese“ an. Elwert selbst hat bereits Formen der Binnenintegration beschrieben, die gesellschaftliche Integration ausschließen oder verhindern. Er benennt das Infragestellen des gesellschaftlichen Gewaltmonopols, soziale Isolatbildung und Nicht-Lernfähigkeit der Kultur der Immigranten (Elwert 1982: 724f.). Die Beispiele hierfür muten erstaunlich aktuell an, so weist er z.B. für den ersten Punkt auf innerfamiliäre Gewalt in türkischen Familien hin, die unter Hinweis auf die „vermeintliche Stammeseigenart“ nur zögerlich strafverfolgt würde.

5 Der Begriff „Kolonie“ hat seinen Ursprung wahrscheinlich auch darin, dass (angeworbene) ausländische Arbeitskräfte zunächst häufig in bestimmten Regionen angesiedelt wurden und in Gemeinschaftsunterkünften oder eigens von den jeweiligen Unternehmen errichteten Werksiedlungen wohnten.

Andere Autoren haben diese Kritikpunkte aufgegriffen und weiter ausgebaut. So räumt zwar auch Esser (1986; 2001) die persönlichkeitsstabilisierende Wirkung von ethnischen Kolonien für ihre Mitglieder ein. Er sieht jedoch die Gefahr einer kulturellen und sozialen Abschottung und der Ausgliederung aus den strukturellen Aufstiegsmöglichkeiten der Aufnahmegesellschaft, für die die ethnische Kolonie die erforderlichen Qualifikationen nicht bereitstellen kann. Besondere Bedeutung haben in diesem Zusammenhang die erstmals von Wiley (1970) beschriebenen „Mobilitätsfallen“: Ethnische Kolonien bieten bei einer gewissen Größe und institutionellen Ausstattung immer auch die Möglichkeit von Karrieren innerhalb ihrer Grenzen, z.B. als Händler von herkunftslandspezifischen Lebensmitteln. Diese „internen“ Karrieren erscheinen attraktiv, weil sie oftmals leichter und mit höherer Erfolgswahrscheinlichkeit zu realisieren sind als ein mühsamer Aufstieg in der Mehrheitsgesellschaft. Sie sind jedoch zugleich eine Falle, weil sie vorhandene Potenziale nicht nutzen und ethnische Schichtungen verfestigen. Diese Gefahren bestehen besonders für die Folgegenerationen der Zuwanderer (Esser 2001: 69). In diesem Sinne spricht auch Heckmann (1992: 115) von der „Gefahr einer ethnischen Selbstgenügsamkeit“. Bade (2006: 6) bezeichnet die Inklusion von Immigranten in ethnischen Kolonien als „Umweg mit einer mehr oder minder langen Verzögerung des Integrationsprozesses“. Schließlich gibt es auch Stimmen wie die des Politikwissenschaftlers Stefan Luft, der ethnische Kolonien ausschließlich mit „sich dynamisch entwickelnder Desintegration in deutschen Städten“ (Luft 2006: 66) in Verbindung bringt.

Zusammengefasst geht es also beim Diskurs über ethnische Kolonien weniger um die Frage von deren Existenz, sondern um ihre Funktionen und Wirkungen für die betreffenden Zuwanderer und die Gesamtgesellschaft. Die meisten Autoren sehen für die Kolonien eine Ambivalenz zwischen persönlicher Stützungsfunktion und gesellschaftlichem Integrationshindernis (Meyer 2002: 219). Gefahren für die Integration ergeben sich vor allem daraus, dass sozio-ökonomische Aufstiegsprozesse behindert und ethnische Schichtungen verfestigt werden, wie es im Kapitel 2.3 bereits für die Niederlande erwähnt wurde. Dies kann besonders dann eintreten, wenn sich ethnische Kolonien nicht nur durch konstante Neuzuwanderung erhalten, sondern eine Eigendynamik entwickeln, die durch Abschottungsprozesse von beiden Seiten – Mehrheitsgesellschaft und Zuwanderer – gefördert wird. Es erfolgt dann quasi kein „Durchlauf“ bei den Kolonienmitgliedern. Auf ein weiteres Problem solcher Verfestigungen weist wiederum Meyer (2002: 204f.) hin: Ein bestimmtes Maß an Vertrauen und verbindendem Sozialkapital zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft sei grundlegend für die politische Kultur der Demokratie. Ethno-kulturelle bzw. kulturell-religiöse „Parallelgesellschaften“ erzeugten jedoch eine Form der ausschließenden Gruppensolidarität, die dieses Vertrauen gerade nicht entstehen lasse, sondern die gesellschaftlichen Gruppen einander entfremde.

3.2 Ausgewählte empirische Befunde für die Bundesrepublik Deutschland

Nachdem bislang die definitorischen und theoretischen Aspekte des Diskurses über „Parallelgesellschaften“ beleuchtet wurden, soll nun die empirische Realität in Deutschland in den Blick rücken. Hierfür könnte eine Vielzahl von Einzelindikatoren und –studien herangezogen werden, z.B. zur Sprachverwendung, zu den sozialen Kontakten, zum Heiratsverhalten und zu den ökonomischen Aktivitäten von Zuwanderern. Da eine solch breite Betrachtung jedoch den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen würde, sollen beispielhaft nur zwei Bereiche untersucht werden, nämlich die Mediennutzung (3.2.1) und die räumliche Segregation (3.2.2). Für diese beiden Bereiche liegt ein vergleichsweise breiter Korpus an Literatur vor. Das Kapitel 3.2.3 befasst sich mit Studien, die sich der Frage

nach den „Parallelgesellschaften“ bzw. den „ethnischen Kolonien“ in Deutschland anhand mehrerer Indikatoren nähern.

3.2.1 Mediennutzung

Die Mediennutzung von Zuwanderern in Deutschland wird schon seit den 1960er Jahren untersucht.⁶ Ein besonderer Schwerpunkt lässt sich auch hier wieder bei Studien zu türkischen Migranten feststellen. Gerade für diese Zuwanderergruppe gibt es inzwischen ein breites Angebot an muttersprachlichen Zeitungen sowie Radio- und Fernsehkanälen, die über Satellit und Kabel empfangen werden können. Die „parallelgesellschaftliche“ Vermutung lautet in diesem Falle: Türkische Migranten nutzen überwiegend oder ausschließlich türkischsprachige Medien, was ihre Integration in die deutsche Gesellschaft behindert. Umgekehrt ist der Konsum deutschsprachiger Medien der Integration förderlich, weil damit die Auseinandersetzung mit der deutschen Sprache und mit modernen Gesellschaftsbildern gefördert wird.

Eine Sichtung der Forschungsliteratur erlaubt folgende Schlussfolgerungen:

Im Vergleich zu anderen Zuwanderergruppen scheinen türkischstämmige Migranten tatsächlich eine vergleichsweise hohe Affinität zu muttersprachlichen Medienangeboten zu haben. Dies ergeben Studien, bei denen mehrere Nationalitäten vergleichend zu ihrer Mediennutzung befragt wurden, beispielsweise die Repräsentativuntersuchung 2001 (Venema/Grimm 2002: 51f.) und die Untersuchung „Viele Welten leben“ über junge Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland (Boos-Nünning/Karakasoglu 2004: 296ff.). Allerdings dürfte dieser Befund auch damit zusammenhängen, dass für die türkischen Zuwanderer in viel höherem Maße als bei anderen Gruppen überhaupt ein entsprechendes muttersprachliches Angebot vorhanden ist. Dieses größere Angebot wiederum entstand wahrscheinlich durch eine lohnende, weil große Zielgruppe mit entsprechenden türkischen Sprachkenntnissen.

Praktisch alle Studien treffen über türkische Migranten zugleich die Aussage, dass ein großer Teil von ihnen komplementär zu den türkischen auch deutschsprachige Medienangebote nutzt. Dies gilt besonders für das mit Abstand wichtigste Medium, das Fernsehen. Beispielhaft hierfür ist die im Jahr 2000 durchgeführte Studie von Weiß und Trebbe im Auftrag des Bundespresseamtes zu nennen. Anhand einer Befragung von 1.842 türkischstämmigen Migranten kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass nur 17% aller Türken in Deutschland ausschließlich türkischsprachige Medien konsumieren. 28% wählen exklusiv Angebote auf Deutsch, jeder zweite nutzt beide Arten (Weiß/Trebbe 2001: 30). Zu den beiden letztgenannten Gruppen gehören wenig überraschend vor allem jüngere, besser gebildete Zuwanderer mit entsprechenden deutschen Sprachkenntnissen. Eine aktuelle Studie im Auftrag des WDR bestätigt dieses Ergebnis anhand einer für Nordrhein-Westfalen repräsentativen

6 Einen Überblick über die Forschungsgeschichte bieten Müller (2005) und speziell für das türkische Fernsehen Aumüller (2006). In jüngster Zeit hat sich ein spezieller Forschungszweig zur Mediennutzung entwickelt, der hier nicht näher behandelt werden soll. Dabei geht es um die Frage, inwiefern (exzessiver) Medienkonsum die Schulleistungen und die Kriminalitätsraten von deutschen und ausländischen Kindern beeinflusst.

Befragung von 503 Personen türkischer Herkunft im Alter von 14-49 Jahren (Simon/Kloppenburg 2006: 21).⁷

Die Dominanz des Fernsehens unter türkischen Zuwanderern ist mit einer „enormen Unterhaltungslastigkeit“ (Müller 2005: 381) verbunden, sprich mit einem bevorzugten Konsum türkischer wie deutscher Privatsender. Der Kommunikationswissenschaftler Kai Hafez hat in einer ebenfalls für das Bundespresseamt durchgeführten qualitativen Untersuchung darauf hingewiesen, dass dieser Umstand zu einem „Loch der politischen Information“ gerade bei jüngeren Türken führen könne (Hafez 2002: 68). Sie nutzen türkische Zeitungen und Nachrichtensendungen nicht (mehr), unter anderem wegen Verständnisschwierigkeiten, und sind in den deutschen Medien auf Unterhaltungsangebote fixiert. Letzteres dürfte allerdings auch für große Teile ihrer deutschen Altersgenossen gelten, was die Frage aufwirft, was „Integration“ im Medienkontext bedeutet.

Der vielleicht wichtigste Befund liegt jedoch darin, dass der Zusammenhang zwischen Mediennutzung und Integration im Lichte empirischer Ergebnisse keineswegs so eindeutig erscheint wie eingangs postuliert. So bildet Hafez (2002) in seiner Studie, die auf 93 Tiefeninterviews mit türkischen Migranten basiert, sechs Nutzertypen. Drei von ihnen nutzen zwar ausschließlich oder ganz überwiegend türkische Medien, sie beinhalten aber Personen, die beispielsweise deutsche Freunde haben, keine Rückkehrpläne hegen und dem deutschen politischen System stärker vertrauen als dem türkischen (sog. Diaspora-Nutzer). Umgekehrt werden auch „Assimilationsnutzer“ beschrieben, die nur deutsche Medien nutzen, aber dennoch bestimmte Integrationsvorbehalte haben können (beispielsweise keine Ehe mit Deutschen wollen). Einen nochmals anderen Blickwinkel bietet die vom Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung durchgeführte Analyse von türkischen Fernsehprogrammen (Aumüller 2006). Hierfür wurden die kompletten Programme von zwölf in Deutschland zu empfangenden Sendern zwei Wochen lang einer Inhaltsanalyse unterzogen. Betrachtet wurde unter anderem, inwieweit traditionelle Wertvorstellungen, Frauen- und Familienbilder und religiöse Inhalte eine Rolle spielen. Obwohl die meisten der türkischsprachigen Fernsehangebote in Deutschland nach wie vor in der Türkei produziert werden, konnte insgesamt „keine Behinderung der Integration durch türkische Sendeinhalte“ festgestellt werden (Aumüller 2006: 309).

Abschließend ist bei der Mediennutzung zu erwähnen, dass sich die genannten Studien ganz überwiegend auf klassische Medien (Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen) beziehen. Die Nutzung neuer Medien wie des Internets ist für Migranten vergleichsweise noch wenig untersucht, allerdings gibt es Hinweise, dass hier deutschsprachige Angebote bevorzugt werden (Schulte 2003).

3.2.2 Wohnsegregation

Wie in fast allen Zuwanderungsländern konzentrieren sich in Deutschland Migranten in großen Städten und dort in bestimmten Stadtteilen. Diese räumliche Segregation ist einer der meistbenutzten Aufhänger der Debatte um Parallelgesellschaften und in gewisser Weise ihr Kern. Die Formulierung „Türkenviertel als soziale Brennpunkte“, wie sie kürzlich in einem Interview zu lesen war, macht die weit verbreitete Bewertung von Zuwandererquartieren deutlich: Sie werden als ethnisch homogen

⁷ Im Sinne einer objektiven Betrachtung soll an dieser Stelle erwähnt werden, dass es auch Gegenstimmen zum Befund der „Komplementärnutzung“ gibt. Müller (2005) führt neben methodischen Einwänden vor allem Studien der Marktforschungsgesellschaft Data 4U an, die zu dem Ergebnis kommen, dass zwar deutschsprachige Medien durchaus genutzt werden, jedoch in viel geringerem zeitlichem Umfang als türkischsprachige. Auch dazu gibt es jedoch gegenteilige Befunde (Salentin 2004), so dass eine eindeutige Tendenz in dieser Frage nicht festgestellt werden kann.

und als sozial problematisch, sprich integrationshemmend wahrgenommen. Als integrationsfördernd wird demgegenüber eine „Mischung“ von Zuwanderern und Einheimischen in den verschiedenen Wohngebieten einer Stadt angesehen. Dieser desegregative Ansatz hat lange Zeit die Wohnungs- und Stadtpolitik in Deutschland geprägt, wird allerdings inzwischen kritisiert.⁸

Segregation als ungleichmäßige Verteilung von Bevölkerungsgruppen im städtischen Raum ist ein universelles Phänomen, das sich weit in die Geschichte zurückverfolgen lässt. Neben ethnischer Segregation gibt es auch solche nach religiösen, sozialen oder demographischen Kriterien, beispielsweise nach Altersgruppen. Ferner ist zwischen freiwilliger und erzwungener Segregation zu unterscheiden. Erstere ist vor allem bei Gruppen mit hohem sozio-ökonomischem Status zu beobachten, die entsprechende Wahlmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt haben. An den „Reichenvierteln“ lässt sich auch die durchaus unterschiedliche Bewertung ablesen, die Segregation von Fall zu Fall erfährt: „Räumliche Konzentration wird nur dann als Problem betrachtet, wenn es sich um die Absonderung von Gruppen handelt, deren Andersartigkeit von der Mehrheit als bedrohlich definiert wird. Nicht die Perfektion oder der Grad der Abgrenzung, sondern die Akzeptanz der durch Abgrenzung sichtbar werdenden Kultur ist das Problem“ (Häußermann/Siebel 2001: 52). Dementsprechend hat auch noch niemand die „soziale Durchmischung“ oder gar die Auflösung von Wohnquartieren gefordert, in denen überwiegend wohlhabende Menschen leben.

Die in Deutschland vorhandenen räumlichen Konzentrationen von Migranten sind zum Teil freiwillig entstanden, also durch eine subjektive Neigung, dorthin zu ziehen, wo schon viele Landsleute oder zumindest „Ausländer“ wohnen. Entsprechende Präferenzen wurden in empirischen Untersuchungen für verschiedene Zuwanderergruppen gezeigt (Bürkner 1998 für Spätaussiedler, Venna/Grimm 2002 für Türken, Jugoslawen, Italiener und Griechen). Im Sinne der unter 2.2 behandelten Definitionen wäre dies „freiwillige Segregation“ und damit ein Kriterium von „Parallelgesellschaften“. Als mindestens ebenso bedeutsam für die Wahl des Wohnstandortes müssen allerdings objektive Zwänge eingeschätzt werden. So werden einige Zuwanderergruppen in den ersten Jahren ihres Aufenthaltes in Deutschland bestimmten Wohnorten und dort Stadtvierteln mit Beständen des sozialen Wohnungsbaus zugewiesen; dies gilt insbesondere für Spätaussiedler (Worbs et al. 2005). Weiterhin haben auch Migranten ohne Wohnortzwang im Durchschnitt ein geringeres Einkommen als Einheimische und deswegen geringere Wahlmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt. Verstärkt wird dies durch offizielle oder inoffizielle Zugangssperren bzw. „Ausländerquoten“ in bestimmten Straßenzügen oder Wohnblocks und durch Diskriminierungen seitens einzelner Vermieter. Zudem suchen Migranten Wohnraum sehr viel häufiger durch informelle Kanäle und weniger über Zeitungsanzeigen und Makler als das bei Deutschen der Fall ist, was wiederum die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sie in ethnisch segregierten Vierteln fündig werden. Die vorhandenen Konzentrationen müssen also als Resultat verschiedener Prozesse gesehen werden. Entgegen der Interpretation im Sinne freiwilliger „Parallelgesellschaften“ sehen Autoren wie Häußermann und Siebel (2001: 35) und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2005:119) die

8 Diese Kritik ist durchaus grundsätzlicher Art. Beispielhaft lässt sich das Expertenforum im Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ der Schader-Stiftung zitieren: „Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass die ‚Mischung‘ von Zuwanderern und Einheimischen in den Wohnquartieren der Städte ein handhabbares Instrument zur Integration der Zuwanderer in die Aufnahmegesellschaft ist. Freiwillige ethnische Segregation ist weder zu vermeiden noch ist sie von vornherein schädlich für eine erfolgreiche Integration von Zuwanderern“ (Verbundpartner 2005: 19). Wie diese Einschätzung zustande kommt, wird in den folgenden Abschnitten des hier vorliegenden Textes verdeutlicht.

gegenwärtige Wohnsegregation von Zuwanderern in Deutschland als weitgehend durch die beschriebenen Faktoren erzwungen an.

Wie groß das absolute Ausmaß der räumlichen Segregation ist, lässt sich nicht ohne Weiteres beantworten. Bei einer Betrachtung einzelner deutscher Städte bzw. Stadtteile wird zumeist der Ausländeranteil herangezogen, der über alle Nationalitäten summiert. Auf städtischer Ebene werden hierbei Werte bis zu 26% erreicht⁹, auf Stadtteilebene können die Werte noch höher liegen. Zudem unterschätzt der Ausländeranteil die tatsächliche Zahl zugewanderter Bewohner durch die Nichtberücksichtigung von Eingebürgerten und Spätaussiedlern mit deutscher Staatsangehörigkeit.¹⁰ Durch das geringere Durchschnittsalter der ausländischen Bevölkerung ergibt sich außerdem der Effekt, dass die Segregation z.B. in Kindertagesstätten und Schulen im Einzelfall bis zu 100% erreichen kann. Alle diese Zahlen beziehen sich aber wohlgemerkt auf Ausländer als „Sammelgruppe“ und eine überschaubare Zahl an Stadtteilen in Deutschland.

Im internationalen Vergleich wird dagegen immer wieder darauf verwiesen, dass die Segregation in Deutschland relativ moderat sei und dass die Zuwandererviertel zumeist multiethnisch sind, anders als beispielsweise in Frankreich, Großbritannien oder den USA. Eine aktuell laufende Untersuchung der Berliner „Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration“ kommt zu dem Ergebnis, dass Türken nur in 121 der untersuchten 1.810 kleinräumigen Gebietseinheiten in 33 westdeutschen Städten zehn oder mehr Prozent der Bevölkerung stellen. Sie sind außerdem durchaus nicht immer die dominierende Migrantengruppe: In jeweils einem Drittel der Untersuchungsgebiete leben entweder mehr Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien oder aus der ehemaligen Sowjetunion (Schönwälder 2006: 23).¹¹

Im zeitlichen Verlauf wird die Segregation der ausländischen Bevölkerung durch so genannte Segregationsindizes abgebildet.¹² Entsprechende Untersuchungen für deutsche Städte (Friedrichs 1998 für Köln, Düsseldorf und Duisburg, Kapphan 2000 für Berlin, Bartelheimer 2000 für Frankfurt/Main, Grabowski et al. 2002 für Hamburg) zeigen eine abnehmende Segregation von Ausländern, also einen Trend zur gleichmäßigeren Verteilung im Stadtgebiet. Strohmeier (2006: 30f.) findet für sechs Städte in Nordrhein-Westfalen eine teils abnehmende, teils zunehmende Segregation. Das Konzept des Segregationsindex weist allerdings einige Schwierigkeiten bei seiner Interpretation auf. Besonders hervorzuheben ist, dass eine statistisch abnehmende Konzentration von Ausländern soziale Polarisierungen verdecken kann: Wenn erfolgreich integrierte Zuwanderer bestimmte Stadtviertel ver-

9 Stadt Offenbach am Main, Stand 31.12.2005, nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

10 Umgekehrt kann durch die Betrachtung nach der Staatsangehörigkeit auch nicht verfolgt werden, wenn diese Gruppen in „bessere“ Stadtviertel ziehen. Dies dürfte insbesondere bei Eingebürgerten relevant sein, die nach den vorliegenden empirischen Untersuchungen im Vergleich zu Ausländern derselben Herkunft besser integriert sind.

11 Basis dieser Untersuchung sind Daten der „Innerstädtischen Raumbewertung“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, die sich auf Gebietseinheiten mit durchschnittlich 8.000 Bewohnern beziehen.

12 Diese Indizes beziehen sich auf die Verteilung einer Bevölkerungsgruppe im Bezug auf die Gesamtbevölkerung einer Gebietseinheit. Sie lassen sich interpretieren als der prozentuale Anteil der Gruppe, der umziehen müsste, um eine Gleichverteilung im jeweiligen Gebiet zu erzielen. Je höher der Index, desto größer ist also die Segregation.

lassen, nimmt zwar die Streuung der Wohnstandorte zu.¹³ Zugleich konzentrieren sich jedoch in den ursprünglichen Quartieren in zunehmendem Maße sozial schwache Gruppen, und zwar Zuwanderer und Einheimische. Diese soziale Entmischung, das Zurückbleiben von „Armen, Alten, Arbeitslosen und Ausländern“ in bestimmten Stadtteilen, wird mittlerweile als eines der größten Probleme der Stadtentwicklung angesehen. Es handelt sich dabei also weniger um ethnische als um „Unterschichten“-Konzentrationen. Das Leben in diesen Stadtteilen ist in mehrerer Hinsicht problematisch: Zum einen steigen die interethnischen Spannungen, weil gerade die Bevölkerungsgruppen aufeinandertreffen, die zu wechselseitiger Toleranz am wenigsten bereit und in der Lage sind. Zum anderen sind Lebensqualität und Lebenschancen der Bewohner insgesamt gravierend beeinträchtigt, beispielsweise dadurch, dass allein ihre Wohnadresse als Ausschlusskriterium bei der Arbeitssuche wirken kann.

Ein weiterer Befund im Hinblick auf die räumliche Segregation ist, dass ein eigenständiger negativer Effekt der ethnischen Konzentration im Wohnviertel auf die Integration von Zuwanderern in Deutschland bislang nicht nachgewiesen werden konnte. Eine ganze Reihe von Untersuchungen kommt hier zu übereinstimmenden Resultaten: Schon im Jahr 1990 zeigte Alpheis (zitiert in Häußermann/Siebel 2001: 55) in einer Segregationsstudie in fünf deutschen Großstädten, dass die ethnische Struktur des Wohngebietes keinen Einfluss auf die soziale Assimilation von Türken hat. Entscheidend für die Aufnahme von interethnischen Kontakten sind nach Alpheis individuelle Faktoren wie die Sprachkenntnisse und das soziale Milieu im Elternhaus. Salentin (2004) konstatiert anhand einer 2001 durchgeführten Befragung unter türkischen, italienischen, vietnamesischen und srilankischen Migranten, dass das Leben in segregierten Wohnlagen nur schwach und nicht konsistent mit der Zahl deutscher Freunde, dem Konsum deutschen Fernsehens und dem Besuch deutscher Sportvereine zusammenhängt. Positiv formuliert bedeutet dies z.B., dass Bewohner von „Ausländervierteln“ tendenziell ebenso viele deutsche Freunde haben wie Zuwanderer, die außerhalb solcher Viertel leben. Eine ausführliche Untersuchung der Effekte räumlicher Konzentration hat schließlich Drever (2004) mit Daten des Sozio-Ökonomischen Panels auf der Ebene von Postleitzahlenbezirken vorgelegt. Zuwanderer in ethnisch segregierten Bezirken sind danach zwar weniger zufrieden mit der Lebensqualität in ihrer Nachbarschaft, ihre soziale und identifikative Integration und das Bewahren kultureller Traditionen hängen aber nicht vom Wohnstandort ab. Entscheidend sind vielmehr individuelle Faktoren wie Generationenzugehörigkeit und Bildungsstand, insbesondere aber der ethnische Hintergrund. Türken neigen unabhängig vom Wohnort stärker zu eigenethnischen Bezügen als Spätaussiedler. Drever kommt deshalb zu der Schlussfolgerung, die räumliche Nähe von „co-ethnics“ werde in ihren Effekten überschätzt, und zwar sowohl von ihren (wissenschaftlichen und politischen) Gegnern als auch von ihren Befürwortern. Durch moderne Transport- und Kommunikationsmittel würden soziale Beziehungen auch über größere Entfernungen geknüpft und aufrechterhalten.¹⁴

Einschränkend muss an dieser Stelle bemerkt werden, dass sich die genannten Studien auf erwachsene Migranten und die Wirkungen des Wohnviertels beschränken. Nicht im Fokus sind dabei die Folgen der Segregation im Bereich Kindertagesstätten und Schulen, die für die betroffenen Kinder und Jugendlichen durchaus negativ sein können. Neben Auswirkungen auf die schulischen Leistungen geben noch nicht veröffentlichte Untersuchungen Hinweise darauf, dass die sozialen Netzwerke von

13 Vgl. z.B. Zdrojewski und Schirmer (2005), die entsprechende Umzugsbewegungen für Türken in Nürnberg belegen. Andererseits zeigt Strohmeier (2006), dass Türken in Köln im Jahr 2000 faktisch noch genauso segregiert wohnten wie 1980, so dass die Ergebnisse für diese Gruppe uneinheitlich sind.

14 Ähnlich auch Bürkner (1998), der für Spätaussiedler in acht deutschen Städten Anfang der 1990er Jahre feststellte, dass „die Auswirkungen der kleinräumlichen Wohnsegregation auf das soziale Verhalten gering [bleiben]“ (Bürkner 1998: 67).

Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund stark von der Schülerschaft der besuchten Schule abzuhängen scheinen (Schönwälder 2006: 24). Dies würde bei einer entsprechend segregierten Schule bedeuten, dass kaum inter-ethnische Kontakte mit Deutschen bestehen. Zudem wäre es wünschenswert, dass die Datenbasis von Segregationsuntersuchungen insgesamt verbreitert würde, da sich die vorgestellten Untersuchungen oft nur auf einzelne Städte beziehen. Einen stärker flächendeckenden Ansatz versprechen die schon mehrfach zitierten Untersuchungen der Berliner „Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration“, die mit Daten der innerstädtischen Raubeobachtung für eine größere Zahl von deutschen Städten arbeiten (siehe Fußnote 11).

3.2.3 Mehrindikatorenstudien

Es gibt in Deutschland nur sehr wenige Untersuchungen, die sich dem Thema „Parallelgesellschaften“ anhand mehrerer Indikatoren nähern. An erster Stelle sind dabei die Veröffentlichungen von Halm und Sauer¹⁵ zu nennen. Sie beruhen auf den seit 1999 durchgeführten Mehrthemenbefragungen des Zentrums für Türkeistudien (ZfT) unter türkischstämmigen Migranten in Nordrhein-Westfalen. Die Daten beziehen sich damit zwar nur auf ein Bundesland, jedoch lebt dort immerhin ein Drittel aller Türken in Deutschland. Pro Jahr werden rund 1.000 Personen ab 18 Jahren telefonisch befragt.

Halm und Sauer beziehen sich in ihren Analysen explizit auf die Parallelgesellschafts-Definition von Meyer (vgl. Kapitel 2.1) und setzen diese in Indikatoren um, die in den Mehrthemenbefragungen erhoben werden. So wird das Kriterium der „kulturell-religiösen Homogenität“ anhand der Religionszugehörigkeit und der Religiosität operationalisiert, die „lebensweltliche Segregation“ anhand der Kontakte und Freizeitbeziehungen zu Deutschen, und die „Verdoppelung von Institutionen“ anhand der Mitgliedschaft in Vereinen oder Verbänden. Weitere Indikatoren sind der Wunsch nach Kontakten mit Deutschen und die Diskriminierungswahrnehmung (für das Kriterium „freiwillige Segregation“) und die Einschätzung der ethnischen Zusammensetzung des Wohnviertels (für das Kriterium „siedlungsräumliche Segregation“). Die entsprechenden Querschnittsdaten werden jeweils im Zeitverlauf betrachtet, um eine Entwicklung hin zu oder weg von „Parallelgesellschaften“ beurteilen zu können. Zudem werden die Befragten anhand ihrer Angaben jeweils in segregiert und nicht segregiert lebende Personen unterschieden, um so die zahlenmäßige Bedeutung und die Charakteristika der Angehörigen einer türkischen „Parallelgesellschaft“ benennen zu können.

Die aktuellste der vorliegenden Veröffentlichungen (Halm/Sauer 2006a) betrachtet den Zeitraum 1999-2005 und kommt ähnlich wie die vorhergehenden zu dem Schluss, dass die untersuchten Merkmale nicht auf das Anwachsen von abgeschotteten Teilen der türkischen Zuwandererbevolkerung hindeuten. Nur die (muslimische) Religiosität ist im Untersuchungszeitraum relativ deutlich gestiegen von 57 auf 76% der Befragten, die sich als eher oder sehr religiös definieren. Die übrigen Indikatoren zeigen ein stabiles Niveau der Einbindung in „deutsche“ Lebenszusammenhänge. So hatten 90% der Befragten im Jahr 2005 über Grußkontakte hinausgehende Kontakte zu Deutschen in mindestens einem Lebensbereich, 57% lebten in überwiegend deutsch geprägten Wohnvierteln und 40% waren in deutschen Vereinen oder Verbänden Mitglied (teilweise parallel zur Mitgliedschaft in türkischen Organisationen). Ebenfalls stabil geblieben ist der Anteil der segregiert lebenden Migranten, die in mindestens drei der untersuchten Bereiche den „Grenzwert“ überschritten (also z.B. sehr religiös, Organisation nur in türkischen Vereinen, Leben in einem Viertel mit überwiegend türkischer Bevölkerung). Er betrug im Jahr 2005 16% der Befragten. Dabei handelt es sich überproportional

15 Im Literaturverzeichnis unter Halm/Sauer 2004, 2006a und b sowie für 2005 unter Sen/Halm/Sauer.

häufig um Angehörige der ersten Migrantengeneration, aber auch um als Erwachsene nachgereiste Ehepartner der zweiten Generation (Halm/Sauer 2006a: 91). Diese Personengruppen weisen tendenziell eine schlechtere Bildungs- und Berufsposition und ein geringeres Einkommen auf. Die Autoren bemerken an dieser Stelle jedoch, dass der Zusammenhang von sozialer und struktureller Integration insgesamt nur gering ausgeprägt sei. Auch sozial gut integrierte Migranten würden vielfach keine adäquaten strukturellen Platzierungen erreichen, mithin verdecke die „Parallelgesellschaft“-Diskussion einen wesentlichen Teil von sozio-ökonomischen Desintegrationsprozessen.

Einen anderen Mehrindikatoren-Ansatz verfolgte eine Untersuchung des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld (Salentin 2004). Dabei hat man sich – dem theoretischen Diskurs über ethnische Kolonien folgend – mit der Frage auseinandergesetzt, ob die Partizipation an der deutschen Gesellschaft und an der Migrantengesellschaft in Konkurrenz zueinander stehen oder nicht. Herangezogen wurden dazu Befragungsdaten aus dem Jahr 2001 von türkischen, italienischen, vietnamesischen und srilankischen Migranten (jeweils rund 800 Personen ab 16 Jahren). Diese Daten bilden u.a. die sozialen Kontakte, den Medienkonsum, den Besuch von Vereinen, die Sprachkenntnisse, das Interesse an Wirtschaft und Politik und die stereotype Wahrnehmung von Deutschen bzw. Landsleuten durch die untersuchten Personen ab. Im Ergebnis zeigte sich über alle untersuchten Nationalitätengruppen hinweg, dass die Partizipation an der Migranten- und an der Mehrheitsgesellschaft nicht in Konkurrenz zueinander stehen. „Vielmehr sind die gut in die Migrantengesellschaft integrierten tendenziell auch eng mit der Mehrheitsgesellschaft verbunden. Ein solcher Zusammenhang konnte auf der Ebene der informellen Sozialkontakte, des Medienkonsums und der Einstellungen [...] aufgezeigt werden“ (Salentin 2004: 114). Hinsichtlich des Integrationsverlaufs in der Generationenfolge werden für die zweite Migrantengeneration „deutliche Assimilationsprozesse im Medienkonsum-, Kontakt- und Sprachverhalten“ sowie ein Rückzug aus Migrantenorganisationen festgestellt (ebd.).

Sowohl die Bielefelder Studie als auch die Veröffentlichungen des Zentrums für Türkeistudien beruhen auf quantitativen Umfragedaten. Hingegen hat Ceylan (2006) eine konkrete „ethnische Kolonie“ in Deutschland mittels qualitativer Forschung untersucht, nämlich den von türkischen Migranten dominierten Duisburger Stadtteil Hochfeld.¹⁶ Im Mittelpunkt stehen dabei die Moscheen und Caféhäuser des Stadtteils als Kristallisationspunkte des sozialen Lebens. Ceylan zeigt anhand der Entwicklung und der Funktionen dieser Institutionen zunächst auf, wie stark sich die türkische Bevölkerung im Zeitablauf differenziert hat (und wie wenig angemessen es deshalb ist, sie aufgrund der räumlichen Konzentration auch als soziale Einheit wahrzunehmen). Hinsichtlich der Wirkungen der Kolonie-Institutionen auf den Integrationsprozess stellt der Autor die gleichen Ambivalenzen fest, wie sie schon aus der theoretischen Diskussion bekannt sind: Integrative und desintegrative Funktionen stehen nebeneinander, „die gesamte ethnische Kolonie als Parallelgesellschaft zu definieren ist deshalb zu undifferenziert“ (Ceylan 2006: 256). Er sieht deshalb im Resultat zwei mögliche Optionen für die künftige Entwicklung: Werden die Kolonien sich selbst überlassen, drohen Ausgrenzung, Stagnation und Regression, wie sie in der empirischen Untersuchung bereits im Caféhäuser-Milieu von Hochfeld festgestellt wurden (bis hin zu illegalem Glücksspiel und Prostitution). Die andere Option besteht in einer Anerkennung, Stärkung und Anbindung der ethnischen Kolonien durch die Kommunen, um dadurch ihre positiven Potenziale für die gesamtstädtische Entwicklung zu nutzen.

16 Ein ähnlich gelagerter Beitrag (Retterath 2006) befasst sich mit der russlanddeutschen Kolonie in Freiburg. Der Autor hebt in der Tradition der „Binnenintegrationsthese“ vor allem die positiven Aspekte der Koloniebildung hervor. Auf eine ausführliche Darstellung wird an dieser Stelle verzichtet, auch weil Retteraths Beitrag im empirischen Teil weit weniger ausführlich ist als der von Ceylan.

4 Fazit und Ausblick

Am Ende dieses Beitrages wird der Bogen zurück zum Anfang geschlagen: Wie real ist das „Gespenst“ der Parallelgesellschaften von Zuwanderern in Deutschland? Wie angemessen ist der Begriff als analytisches Konzept, und welche Forschungsperspektiven ergeben sich? Die Sichtung von theoretischer und ausgewählter empirischer Literatur hat folgende Resultate erbracht:

- 1) Die angeführten empirischen Untersuchungen legen nahe, dass die Abschottungstendenzen von Zuwanderern in Deutschland in ihrem Ausmaß überschätzt werden. Abgesehen vom Indikator „muslimische Religiosität“ in den Studien des Zentrums für Türkeistudien gibt es auch keine Hinweise auf eine Zunahme der Abschottung im Zeitverlauf (wobei man geteilter Meinung sein kann, ob Religiosität an sich schon mit einem Rückzug von der Mehrheitsgesellschaft gleichzusetzen ist). Dieser Befund gilt auch und gerade für türkische Migranten, ungeachtet der Tatsache, dass sie „absolut“ gesehen stärkere eigenethnische Bezüge aufweisen als andere Zuwanderergruppen.
- 2) Es lässt sich nicht feststellen, dass die Einbindung von Zuwanderern in eigenethnische Strukturen stets und eindeutig negativ mit der Integration in die Aufnahmegesellschaft zusammenhängt. Auf die zumindest ambivalenten Wirkungen der ethnischen Koloniebildung haben zahlreiche theoretische Beiträge hingewiesen. Ähnliche Aussagen finden sich in den zitierten empirischen Arbeiten hinsichtlich der Mediennutzung und der räumlichen Segregation von (vorwiegend türkischen) Zuwanderern in Deutschland, und auch in den Arbeiten, die den Koloniebegriff für Untersuchungen konkreter Stadtviertel anwenden. Teilweise ist die Aussage sogar umgekehrt: Zuwanderer mit einer engen Einbindung in „Binnenstrukturen“ sind tendenziell auch eng mit der Mehrheitsgesellschaft verbunden (Salentin 2004).

An dieser Stelle mag der Einwand erhoben werden, dass die Wissenschaft besorgniserregende Entwicklungen übersehe, die die Schlagzeilen bestimmen und eben doch auf „Parallelgesellschaften“ in Deutschland hindeuteten. Stichworte hierzu sind Ehrenmorde, die jüngsten Gewaltausbrüche von Migrantenjugendlichen in Berliner Stadtteilen, oder die Entwicklung der islamistischen Szene. Diese Fakten und Geschehnisse existieren unzweifelhaft und sind alles andere als erfreulich. Sie zeigen, dass es sowohl in bestimmten Teilen deutscher Städte, als auch bei bestimmten Zuwanderergruppen massive soziale Probleme gibt, die den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden. Zudem entziehen sich Phänomene wie die genannten zum Teil auch sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, weil sich die betreffenden Personengruppen nur schwer für Befragungen oder Beobachtungen gewinnen lassen. Insgesamt ist zu vermuten, dass sich besser integrierte Zuwanderer generell stärker an wissenschaftlichen Studien beteiligen als schlechter integrierte und dass dadurch eine positive Verzerrung der Ergebnisse entsteht.

Dennoch wäre es verfehlt, der Wissenschaft deshalb Blindheit vorzuwerfen. Denn erstens haben viele der in diesem Beitrag vorgestellten Studien durchaus auf die möglichen problematischen Folgen von ethnischer Koloniebildung hingewiesen oder sie empirisch benannt. Erinnerung sei z.B. an die in den ZFT-Untersuchungen identifizierte Gruppe von „segregierten“ türkischstämmigen Migranten, zu denen auch nachgezogene Ehepartner der zweiten Generation gehören. Zweitens vermag die wissenschaftliche Sichtweise bestimmte Erscheinungen zu hinterfragen, die oft vorschnell mit „Parallelgesellschaften“ in Verbindung gebracht werden, obwohl es sich eigentlich um soziale und nicht um ethnische Probleme handelt. Im Abschnitt über die räumliche Segregation (3.2.2) ist dies besonders deutlich geworden. Und drittens zeigen die vorliegenden empirischen Studien ebenso ein Stück Rea-

lität wie die Negativschlagzeilen – nur eben eine Realität, die im medialen und politischen Diskurs oft kaum wahrgenommen wird. Die Übereinstimmung der wissenschaftlichen Befunde, die gegen eine Verfestigung und Ausbreitung von „Parallelgesellschaften“ sprechen, lässt den Schluss zu, dass dieser weniger furchterregende Realitätsanteil de facto sehr groß ist.

An dieser Stelle ist es außerdem unerlässlich, die Rolle der Aufnahmegesellschaft in den Blick zu nehmen. Sie kann die Bildung von „Parallelgesellschaften“ durch Zuwanderer unfreiwillig durch verschiedene Mechanismen fördern – schon dadurch, dass sie deren Existenz als gegeben voraussetzt und dabei die jeweils „verdächtigen“ Gruppen als homogene Einheit wahrnimmt. Eine solche Homogenität ist aber in der Realität kaum jemals gegeben. Die empirischen Befunde sprechen für Zuwanderer in Deutschland eher vom Gegenteil, nämlich einer zunehmenden Differenzierung und Polarisierung von Lebenslagen innerhalb der einzelnen Gruppen. Negativ grundierte Fremdbilder wirken jedoch auf die von ihnen Betroffenen zurück und fördern Rückzugstendenzen, die vielleicht zuvor gar nicht in diesem Maße gegeben waren (vgl. Leibold/Kühnel/Heitmeyer 2006 im Hinblick auf Muslime). Das Gleiche gilt für bestimmte institutionelle Arrangements, die geeignet sind, das Gefühl der Nicht-Zugehörigkeit zu fördern, beispielsweise das bis zum Jahr 2000 in Deutschland geltende Staatsangehörigkeitsrecht. Und nicht zuletzt sind es ganz alltägliche Prozesse, die zu einer wechselseitigen Aufschaukelung von Abgrenzungen führen können. Dies reicht von scheinbar harmlosen Vorgängen wie der Umgehung des Wohnortprinzips bei der Schulanmeldung von Kindern, um diese nicht in die „Ausländerschule“ schicken zu müssen, bis hin zu gewalttätigen Übergriffen auf den jeweiligen „Gegner“ (sei dieser nun ein deutscher Polizist oder ein türkischer Migrant).

Im Hinblick auf die Forschung muss noch einmal darauf hingewiesen werden, dass der vorliegende Beitrag aus Platzgründen nicht das gesamte Spektrum relevanter empirischer Untersuchungen berücksichtigen konnte. Exemplarisch ausgewählt wurden mit der Mediennutzung und der räumlichen Segregation zwei Bereiche, über die erstens viele negative Annahmen hinsichtlich einer Abschottung von Zuwanderern kursieren und die zweitens aber auch relativ gut erforscht sind. Ebenso wichtig wären im Hinblick auf die im Kapitel 2.2 behandelten Definitionen des Begriffes „Parallelgesellschaften“ Indikatoren zum Sprachverhalten, zur Partnerwahl und zu den sozialen Kontakten von Zuwanderern sowie zur Rolle ethnischer Ökonomien. Ein ganz eigenes Feld bildet schließlich die Frage, welche Rolle ethnische Selbstorganisationen und Eliten für die Entwicklung von Zuwandererkolonien spielen. Hierzu gibt es unterschiedliche Einschätzungen: Autoren wie Meyer (2002) und Kandel (2004) vertreten eine skeptische Sichtweise und sehen ethnische Organisationen und Eliten in Deutschland „eher als Identitätswächter denn Integrationslotsen“ an (Kandel 2004: 14). Andere wie z.B. Walter (2006) verweisen darauf, dass sich in historischer Perspektive solche Strukturen genau dann aufgelöst hätten, als ihre Anliegen in der Mehrheitsgesellschaft Gehör fanden („self-elimination by success“).

Für die zukünftige Forschung erscheint das Konzept der „Parallelgesellschaften“ durchaus anwendbar, allerdings mit einigen Beschränkungen. Es trifft erstens – nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen – nur sehr begrenzt auf die Realität in Deutschland zu. Wichtig ist in diesem Zusammenhang der schon angeführte Hinweis von Halm und Sauer (2006b), dass die „Parallelgesellschaften“-Diskussion vorhandene strukturelle Integrationsprobleme auch bei sozial gut integrierten Migranten nicht erfasst. Der Begriff sollte daher nicht als (vermeintlich alles erklärendes) Schlagwort verwendet werden, sondern als Referenzpunkt für die Beurteilung von Entwicklungen im Zeitverlauf. Hierbei kann auf die vorliegenden Definitionsansätze zurückgegriffen werden, die konkrete Kriterien für „Parallelgesellschaften“ benennen. Die Umsetzung in messbare Indikatoren ist dabei sicher noch verbes-

serbar, denn eine ex-post-Operationalisierung wie in den Veröffentlichungen von Halm und Sauer wird meistens nicht ganz befriedigend ausfallen.

Auch die Untersuchung konkreter ethnischer Kolonien wie in der Arbeit von Ceylan (2006) verspricht einen Erkenntnisgewinn, ebenso wie Kommunalanalysen, die sich unabhängig von der Zusammensetzung der Bewohnerschaft mit der Entwicklung in bestimmten Stadtteilen beschäftigen. Das „Zentrum Demokratische Kultur“ hat solche Arbeiten für Berliner Quartiere vorgelegt und untersucht unter anderem islamistische „Parallelgesellschaften“ in Kreuzberg (ZDK 2003). Schließlich erscheint auch eine weitere kontinuierliche Beobachtung von Einzelfeldern wie der Mediennutzung angezeigt. Hierzu können auch repräsentative, möglichst wiederholt durchgeführte Querschnittsbefragungen verschiedener Migrantengruppen einen Beitrag leisten, beispielsweise die früher im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und jetzt vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführte „Repräsentativbefragung“ von großen Ausländergruppen in Deutschland.

5 Literaturverzeichnis

- Aumüller, Jutta (2006): Türkische Fernsehsender in Deutschland, Berlin: edition Parabolis.
- Bade, Klaus J. (2006): Integration und Politik – aus der Geschichte lernen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 40-41, 3-6.
- Bade, Klaus J. (2004): Leitkultur-Debatte: Zuwanderung wird als Bedrohung empfunden, Interview mit „Spiegel Online“ vom 24.11.2004,
Online: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,329285,00.html>
- Bartelheimer, Peter (2000): Soziale Durchmischung am Beispiel Frankfurt am Main – Problemwahrnehmung und empirische Befunde, in: vhw FW, Zeitschrift für Wohneigentum in der Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft, 6, 219-229.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2005): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin.
- Blaschke, Monika (1992): ‚Deutsch-Amerika‘ in Bedrängnis: Krise und Verfall einer ‚Bindestrichkultur‘, in: Bade, Klaus J. (Hg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München: Verlag C.H. Beck, 170-179.
- Boos-Nünning, Ursula/Karakasoglu, Yasemin (2004): Viele Welten leben. Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen mit griechischem, italienischem, jugoslawischem, türkischem und Aussiedlerhintergrund, Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Burgers, Jack/Engbersen, Godfried (Hg.) (1999): De ongekende stad I: Illegale vreemdelingen in Rotterdam, Amsterdam: John H. Boom.
- Bruquetas-Callejo, Maria/Garcés-Mascarenas, Blanca/Penninx, Rinus/Scholten, Peter (2006): Policymaking related to immigration and integration. The Dutch Case. Country Report on the Netherlands for the IMISCOE Cluster 9, Amsterdam (forthcoming).
- Bürkner, Hans-Joachim (1998): Kleinräumliche Wohnsegregation von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 23(1), 55-69.
- Ceylan, Rauf (2006): Ethnische Kolonien. Entstehung, Funktion und Wandel am Beispiel türkischer Moscheen und Cafés, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Doomernik, Jeroen (2003): Integration Policies towards Immigrants and Their Descendants in the Netherlands, in: Heckmann, Friedrich/Schnapper, Dominique (Hg.): The Integration of Immigrants in European Societies. National Differences and Trends of Convergence, Stuttgart: Lucius & Lucius, 165-183.
- Drever, Anita I. (2004): Separate Spaces, Separate Outcomes? Neighbourhood Impacts on Minorities in Germany, in: Urban Studies, 41(8), 1423-1439.
- Duyvene de Wit, Thom/Koopmans, Ruud (2001): Die politisch-kulturelle Integration ethnischer Minderheiten in den Niederlanden und in Deutschland, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 14 (1), 26-41.
- Elwert, Georg (1982): Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 34(4), 717-731.
- Esser, Hartmut (2007): Sprich dich aus! Wir haben weder „Ghettos“ noch „Parallelgesellschaften“, Interview mit „Telepolis Online“ vom 02.01.2007, Online: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24331/1.html>
- Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapier Nr. 40, Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Esser, Hartmut (1986): Ethnische Kolonien: „Binnenintegration“ oder gesellschaftliche Isolation?, in: Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen (Hg.): Segregation und Integration. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland, Mannheim, 106-117.
- Friedrichs, Jürgen (1998): Ethnic Segregation in Cologne, Germany, 1984-94, in: Urban Studies, 35(10), 1745-1765.
- Gaitanides, Stefan (2001): Die Legende der Bildung von Parallelgesellschaften, in: iza – Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit, 3/4, 16-25.
- Gestring, Norbert (2005): Parallelgesellschaften – ein Kommentar, in: Gestring, Norbert/Glasauer, Herbert/Hannemann, Christine/Petrowsky, Werner/Pohlan, Jörg (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2004/2005. Schwerpunkt: Schrumpfende Städte, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 163-169.
- Grabowski, Werner/Michel, Ute/Podszuweit, Ulrich/Tietjens, Horst (2002): Das Tor zur Welt. Zuwanderung und Segregation in Hamburg, in: Fassmann, Heinz/Kohlbacher, Josef/Reeger, Ursula (Hg.): Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich, Klagenfurt: Drava-Verlag, 143-159.
- Hafez, Kai (2002): Türkische Mediennutzung in Deutschland: Hemmnis oder Chance der gesellschaftlichen Integration? Eine qualitative Studie im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Hamburg und Berlin.
- Halm, Dirk/Sauer, Martina (2006a): Desintegration und Parallelgesellschaft. Aktuelle Befunde zur Integration türkeistämmiger Migranten, in: vorgänge, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, 176, 45(4), 84-94
- Halm, Dirk/Sauer, Martina (2006b): Parallelgesellschaft und ethnische Schichtung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2, 18-24.
- Halm, Dirk/Sauer, Martina (2004) Das Zusammenleben von Deutschen und Türken – Entwicklung einer Parallelgesellschaft?, in: WSI-Mitteilungen, 57(10), 547-554.

- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2001): Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, Berlin und Oldenburg.
- Heckmann, Friedrich (1992): Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen, Stuttgart: Enke Verlag.
- Heitmeyer, Wilhelm (1996): Für türkische Jugendliche in Deutschland spielt der Islam eine wichtige Rolle, in: Die Zeit Nr. 35 vom 23.08.1996,
Online: <http://www.zeit.de/archiv/1996/35/heitmey.txt.19960823.xml?page=all>
- Irlé, Katja (2007): Migranten ohne Muttersprache, in: Frankfurter Rundschau vom 08.01.2007.
- Kaloianov, Radostin (2006): Die Parallelgesellschaft und ihre Feinde, in: Überblick – Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen, 12(2), 8-10.
- Kamphoefner, Walter D. (2006): Westfalen in der Neuen Welt. Eine Sozialgeschichte der Auswanderung im 19. Jahrhundert, Göttingen: V&R unipress.
- Kandel, Johannes (2004): Organisierter Islam und gesellschaftliche Integration, Online:
http://www.fes-online-akademie.de/send_file.php/download/pdf/Kandel_Organisierter_Islam.PDF
- Kaplan, Andreas (2000): Die Konzentrationen von Zuwanderern in Berlin: Entstehung und Auswirkungen, in: Schmals, Klaus M. (Hg.): Migration und Stadt. Entwicklungen, Defizite, Potentiale, Opladen: Leske+Budrich, 137-153.
- Keil, Hartmut (1984): Die deutsche Amerikaeinwanderung im städtisch-industriellen Kontext: das Beispiel Chicago 1880-1910, in: Bade, Klaus J. (Hg.): Auswanderer, Wanderarbeiter, Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Ostfildern: Scripta Mercaturae Verlag, Band 1, 378-405.
- Leibold, Jürgen/Kühnel, Steffen/Heitmeyer, Wilhelm (2006): Abschottung von Muslimen durch generalisierte Islamkritik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2, 3-10.
- Lucassen, Leo (2005): A Threat to the Nation: Poles in Germany (1870-1940), in: ders.: The Immigrant Threat. The Integration of Old and New Migrants in Western Europe since 1850, Urbana and Chicago: University of Illinois Press, 50-73.
- Luft, Stefan (2006): Deutsche Großstädte zwischen Parallelgesellschaft und Integration, in: Politische Studien, 57(409), 60-70.
- Luft, Stefan (2002): Droht die Gefahr islamisch geprägter Parallelgesellschaften in deutschen Städten?, in: Zehetmair, Hans (Hg.): Der Islam im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 82-109.
- Meyer, Thomas (2002): Parallelgesellschaft und Demokratie, in: Münkler, Herfried/Llanque, Marcus/Stepina, Clemens K. (Hg.): Der demokratische Nationalstaat in den Zeiten der Globalisierung. Politische Leitideen für das 21. Jahrhundert, Berlin: Akademie Verlag, 193-229.
- Merkel, Angela (2006): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der internationalen Konferenz „Urban Age“ am 10.11.2006 in Berlin, Online:
http://www.bundesregierung.de/nn_1498/Content/DE/Rede/2006/11/2006-11-10-rede-urban-age-bkin.html

-
- Müller, Daniel (2005): Die Mediennutzung der ethnischen Minderheiten, in: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss, Forschungsstand, Bibliographie, Bielefeld: transcript Verlag, 359-387.
- Nowak, Jürgen (2006): Leitkultur und Parallelgesellschaft – Argumente wider einen deutschen Mythos, Frankfurt/Main: Brandes & Apsel.
- Oberndörfer, Dieter (2000): Vom Unsinn der ‚Integration‘, in: Der Stern vom 02.11.2000.
- Öhler, Andreas (2005): Verheerender Kampfbegriff, in: Rheinischer Merkur vom 19.05.2005.
- Özdemir, Cem (2006): Kreuzberg: Hinziehen statt weggucken. Beitrag für „Spiegel Online“ vom 23.11.2006, Online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,450005,00.html>
- Pfahl-Traughber, Armin (2005): Vom Aufbau von Parallelgesellschaften bis zur Durchführung von Terroranschlägen. Das Gefahren- und Konfliktpotenzial des Islamismus in Deutschland, in: Hildebrandt, Mathias/Brocker, Manfred (Hg.): Unfriedliche Religionen? Das politische Gewalt- und Konfliktpotenzial von Religionen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 153-177.
- Retterath, Hans-Werner (2006): Chancen der Koloniebildung im Integrationsprozess russlanddeutscher Aussiedler?, in: Ipsen-Peitzmeier, Sabine/Kaiser, Markus (Hg.): Zuhause fremd – Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland, Bielefeld: transcript Verlag, 129-149.
- Salentin, Kurt (2004): Ziehen sich Migranten in „ethnische Kolonien“ zurück?, in: Bade, Klaus J./Bommes, Michael/Münz, Rainer (Hg.): Migrationsreport 2004. Fakten-Analysen-Perspektiven. Frankfurt/Main und New York: Campus Verlag, 97-116.
- Schönwälder, Karen (2006): Bunter als die Politik behauptet. Abschottungstendenzen von Migranten werden überschätzt, in: WZB-Mitteilungen, 113, 21-24.
- Schulte, Joachim (2003): Die Internet-Nutzung von Deutsch-Türken, in: Becker, Jörg/Behnisch, Reinhard (Hg.): Zwischen kultureller Zersplitterung und virtueller Identität. Türkische Medienkultur in Deutschland III, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum, 115-123.
- Sen, Faruk/Halm, Dirk/Sauer, Martina (2005): Entwicklung zur Parallelgesellschaft? Die gesellschaftliche und soziale Integration junger türkeistämmiger Migranten, ZfT-aktuell Nr. 114, Essen.
- Simon, Erk/Kloppenburger, Gerhard (2006): Das Fernsehpublikum türkischer Herkunft – Fernsehnutzung, Einstellungen und Programmervwartungen, in: Westdeutscher Rundfunk (Hg.): Zwischen den Kulturen. Fernsehen, Einstellungen und Integration junger Erwachsener mit türkischer Herkunft in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Mediaforschung August/September 2006, Köln, 16-31.
- Strohmeier, Klaus Peter (2006): Segregation in den Städten. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bonn.
- Tibi, Bassam (1998): Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft, München: C. Bertelsmann Verlag.
- Venema, Matthias/Grimm, Claus (2002): Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Repräsentativuntersuchung 2001, Teil A: Türkische, ehemalige jugoslawische, italienische sowie griechische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen in den alten Bundesländern und im ehemaligen West-Berlin. Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Offenbach und München.
- Walter, Franz (2006): Mangelt es an „Parallelgesellschaften“? Essay in „Spiegel Online“ vom 18.06.2006, Online: <http://www.spiegel.de/politik/debatte/0,1518,421967,00.html>

-
- Weiß, Hans-Jürgen/Trebbe, Joachim (2001): Mediennutzung und Integration der türkischen Bevölkerung in Deutschland. Ergebnisse einer Umfrage des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Potsdam: GÖFak Medienforschung.
- Wiley, Norbert F. (1970): The Ethnic Mobility Trap and Stratification Theory, in: Rose, Peter I. (Hg.): The Study of Society. An Integrated Anthology, 2. Auflage, New York und Toronto: Random House, 397-408.
- Worbs, Susanne/Sinn, Annette/Roesler, Karsten/Schmidt, Hans-Jürgen (2005): Räumliche Verteilung und Wohnsituation von Zuwanderern in Deutschland, in: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hg.): Zuwanderer in der Stadt – Expertisen zum Projekt, Darmstadt, 13-42.
- Zdrojewski, Simone/Schirner, Henning (2005): Segregation und Integration. Entwicklungstendenzen der Wohn- und Lebenssituation von Türken und Spätaussiedlern in der Stadt Nürnberg, in: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hg.): Zuwanderer in der Stadt – Expertisen zum Projekt, Darmstadt, 75-146.
- Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (2003): Demokratiegefährdende Phänomene in Kreuzberg und Möglichkeiten der Intervention – ein Problemaufriss. Eine Kommunalanalyse im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin.

Autoreninformation

Susanne Worbs ist Diplom-Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Zuvor war sie mehrere Jahre am „europäischen forum für migrationsstudien (efms)“ in Bamberg tätig. Ihre Tätigkeitsschwerpunkte sind Statistiken in den Bereichen Migration, Integration und Asyl sowie Integrationsforschung und –berichterstattung.

Kontakt:

Tel.: 0911-943-4502

E-mail: susanne.worbs@bamf.bund.de